

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Kultur und Medien (22. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Michael Kretschmer, Wolfgang Börnsen (Bönstrup), Arnold Vaatz, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Siegmund Ehrmann, Sören Bartol, Martin Dörmann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD sowie der Abgeordneten Patrick Kurth (Kyffhäuser), Reiner Deutschmann, Patrick Meinhardt, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP sowie der Abgeordneten Agnes Krumwiede, Josef Philip Winkler, Katrin Göring-Eckardt, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 17/6465 –

Das Reformationsjubiläum im Jahre 2017 – Ein Ereignis von Weltrang

A. Problem

Beim Reformationsjubiläum im Jahr 2017 handelt es sich um ein kirchliches und kulturgeschichtliches Ereignis von Weltrang. Das Reformationsjubiläum und die vorangehende Lutherdekade (2008 bis 2017) sind daher nicht nur als nationale Ereignisse, sondern in ihrer europäischen und weltweiten Dimension zu betrachten. Die Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN knüpfen mit ihrem gemeinsamen Antrag an einen Beschluss des Deutschen Bundestages vom 18. Juni 2009 an und bekräftigen die Bereitschaft des Deutschen Bundestages, sich an der Förderung von Veranstaltungen und Maßnahmen im Rahmen der Lutherdekade sowie während des eigentlichen Jubiläumsjahres zu beteiligen.

B. Lösung

Die Bundesregierung wird aufgefordert, sich weiterhin aktiv in die konzeptionelle Gestaltung von Lutherdekade und Reformationsjubiläum einzubringen sowie die Netzwerkbildung zwischen Ländern, Städten, Kirchen und Verbänden zu fördern. Dabei wird die besondere Rolle des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien betont. Das Auswärtige Amt soll seine Kulturabteilungen in den deutschen Auslandsvertretungen sowie die Mittlerorganisationen der Auswärtigen Kulturpolitik nutzen, um Deutschland im Zusammenhang mit Lutherdekade und Reformationsjubiläum als europäisch gewachsene Kulturnation bekannt und in geeigneter Weise auf die Ereignisse aufmerksam zu machen. Beiträge sollen auch vom Bund finanzierte Institutionen wie die Kulturstiftung des Bundes oder das Deutsche Historische Museum leisten. Weitere Förderun-

gen sind unter anderem darauf gerichtet, die bedeutenden historischen Stätten der Reformation im Rahmen der Förderung des Denkmalschutzes zu berücksichtigen und darauf hinzuwirken, dass das touristische Potenzial der Ereignisse ausgeschöpft wird.

Einstimmige Annahme des Antrags.**C. Alternativen**

Keine.

D. Kosten

Kosten wurden im Ausschuss nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 17/6465 anzunehmen.

Berlin, den 26. September 2011

Der Ausschuss für Kultur und Medien

Monika Grütters
Vorsitzende

Michael Kretschmer
Berichterstatter

Siegmond Ehrmann
Berichterstatter

Patrick Kurth (Kyffhäuser)
Berichterstatter

Dr. Rosemarie Hein
Berichterstatterin

Agnes Krumwiede
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Michael Kretschmer, Siegmund Ehrmann, Patrick Kurth (Kyffhäuser), Dr. Rosemarie Hein und Agnes Krumwiede

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 17/6465** in seiner 120. Sitzung am 7. Juli 2011 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Kultur und Medien überwiesen sowie zur Mitberatung an den Auswärtigen Ausschuss, den Innenausschuss, den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, den Ausschuss für Tourismus sowie den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Beim Reformationsjubiläum im Jahr 2017 handelt es sich um ein kirchliches und kulturgeschichtliches Ereignis von Weltrang. Das Reformationsjubiläum und die vorangehende Lutherdekade (2008 bis 2017) sind daher nicht nur als nationale Ereignisse, sondern in ihrer europäischen und weltweiten Dimension zu betrachten. Die Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN knüpfen mit ihrem gemeinsamen Antrag an einen Beschluss des Deutschen Bundestages vom 18. Juni 2009 an, bekräftigen die Bereitschaft des Deutschen Bundestages, sich an der Förderung von Veranstaltungen und Maßnahmen im Rahmen der Lutherdekade sowie während des eigentlichen Jubiläumsjahres zu beteiligen und verweisen auf die bereits in den Haushalt eingestellten Fördermittel.

Die Bundesregierung soll aufgefordert werden, sich weiterhin aktiv in die konzeptionelle Gestaltung von Lutherdekade und Reformationsjubiläum einzubringen sowie die Netzwerkbildung zwischen Ländern, Städten, Kirchen und Verbänden zu fördern. Dabei wird auf die besondere Rolle des

Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien verwiesen.

Das Auswärtige Amt soll seine Kulturabteilungen der deutschen Auslandsvertretungen sowie die Mittlerorganisationen der Auswärtigen Kulturpolitik nutzen, um Deutschland im Zusammenhang mit Lutherdekade und Reformationsjubiläum als europäisch gewachsene Kulturnation bekannt und in geeigneter Weise auf die Ereignisse aufmerksam zu machen. Beiträge sollen auch vom Bund finanzierte Institutionen wie die Kulturstiftung des Bundes oder das Deutsche Historische Museum leisten. Weitere Forderungen sind unter anderem darauf gerichtet, die bedeutenden historischen Stätten der Reformation im Rahmen der Förderung des Denkmalschutzes zu berücksichtigen und darauf hinzuwirken, dass das touristische Potenzial der Ereignisse ausgeschöpft wird.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Auswärtige Ausschuss**, der **Innenausschuss**, der **Haushaltsausschuss**, der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie**, der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung**, der **Ausschuss für Tourismus** sowie der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** haben in ihren jeweiligen Sitzungen am 21. September 2011 einvernehmlich die Annahme des Antrags empfohlen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Kultur und Medien** hat den Antrag in seiner Sitzung am 21. September 2011 abschließend beraten und einvernehmlich dessen Annahme empfohlen.

Berlin, den 26. September 2011

Michael Kretschmer
Berichtersteller

Siegmund Ehrmann
Berichtersteller

Patrick Kurth (Kyffhäuser)
Berichtersteller

Dr. Rosemarie Hein
Berichterstellerin

Agnes Krumwiede
Berichterstellerin